



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche haben wir über die weltweite Lage der Religionsfreiheit debattiert.

In den zurückliegenden Jahren lässt sich leider ein weltweiter Trend der zunehmenden Einschränkung der Religionsfreiheit erkennen. Christen sind als Angehörige der zahlenmäßig größten Glaubensgemeinschaft weltweit besonders betroffen.

Der Bericht identifiziert drei Bereiche, in denen Religionsfreiheit derzeit in besonderem Maße eingeschränkt wird: durch Blasphemie- und Konversionsgesetze, durch digitale Kommunikation sowie im Bereich staatlicher Bildungsangebote.

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzen wir uns konsequent für bedrängte und verfolgte Christen ein und sind solidarisch mit allen religiösen Minderheiten weltweit.

Ihre

Finanzpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Kindergeld per Mausklick

Das Gesetz zur Digitalisierung von *Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen* wurde am Donnerstag verabschiedet.

Eltern können künftig online mit einem einzigen Kombi-Antrag die Geburt anzeigen, den Namen des Kindes festlegen, die Geburtsurkunde, sowie Eltern- und Kindergeld beantragen.

Eltern müssen auch keine Nachweise mehr selbst einreichen und doppelte Angaben in verschiedenen Anträgen machen.

Möglich wird das durch mehr Austausch zwischen den verschiedenen Ämtern.

Spätestens im kommenden Jahr sollen die Leistungen bundesweit allen Eltern online zur Verfügung stehen.

Bis Ende 2022 sollen insgesamt knapp 600 digitalisierte Verwaltungsleistungen für die Bürgerinnen und Bürger online bereitstehen.

Schneller bauen und planen

Das beschlossene *Investitionsbeschleunigungsgesetz* sorgt dafür, dass künftig einfacher, effizienter, transparenter und schneller geplant und gebaut werden kann.

So werden beispielsweise für bestimmte Baumaßnahmen an der

Schiene künftig keine Genehmigungen durch ein Planfeststellungsverfahren mehr notwendig sein. Dazu gehören: die Elektrifizierung von Bahnstrecken, die Ausstattung mit digitaler Signal- und Sicherungstechnik, der barrierefreie Umbau, die Erhöhung oder Verlängerung von Bahnsteigen sowie die Errichtung von Schallschutzwänden zur Lärmsanierung.

Im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit soll die Eingangszuständigkeit für Streitigkeiten, die bestimmte Infrastrukturvorhaben zum Gegenstand haben, vom Verwaltungsgericht auf das Oberverwaltungsgericht bzw. den Verwaltungsgerichtshof verlagert werden, um so das Verfahren insgesamt zu beschleunigen.

Für überregional wichtige Infrastrukturprojekte – wie Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan oder dem Mobilfunkausbau – wird gesetzlich ein Sofortvollzug angeordnet. Das heißt: Nach Genehmigung durch die zuständige Behörde kann sofort gebaut werden.

Förderung für die Klassik Stiftung

Die Klassik Stiftung Weimar wird Partner im Projekt „museum 4punkt0–Digitale Strategien für deutsche Museen“.

Zudem wird sie im Rahmen des Rettungs- und Zukunftspakets

NEUSTART KULTUR mit bis zu 200.000 Euro gefördert.

Gerade in Zeiten von Kontaktbeschränkungen werden die digitalen Angebote der Museen stark nachgefragt. Aber auch ohne die aktuelle Situation wird es Zeit, dass Kunst und Kultur auch für Menschen besser erlebbar wird, die sich aufgrund ihrer persönlichen Lebensumstände (beispielsweise Alte oder Menschen mit Behinderung) sonst nicht daran erfreuen können.

Mit den Bundesmitteln hat die Klassik Stiftung Weimar die Möglichkeit, neue Wege zu entwickeln, um in den Austausch mit den Besucherinnen und Besuchern zu treten, individualisierte Angebote für sie zu entwickeln und zusätzliche Zielgruppen anzusprechen.

Schulobstprogramm

Das Gesetz zur Änderung des Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetzes schafft die Voraussetzungen, damit Schulkinder weiterhin an den EU Programmen für eine gesunde Ernährung teilnehmen können.

Das Programm soll Kindern frisches Obst und Gemüse sowie Milch und Milchprodukte schmackhaft machen und gesündere Ernährungsgewohnheiten fördern.

Aufgrund der föderalen Strukturen in Deutschland erfolgt die Durchführung in den teilnehmenden Ländern. Dem Bund kommt hier eine Koordinierungsfunktion zu.

Das nun beschlossene Änderungsgesetz passt die bestehenden nationalen Regelungen an die aktuellen europäischen Rechtsgrundlagen an.

Zusätzlich fließen die Erfahrungen der Bundesländer aus den ersten zwei im EU Schulprogramm durchgeführten Schuljahren ein.

Unterstützung für Waldbesitzer

Mit dem Gesetz werden zudem die Voraussetzung dafür geschaffen, dass zusätzliche Unterstützungsprämien für die von Stürmen, Dürre, Borkenkäferbefall und Klimawandel getroffenen Wälder ausgezahlt werden können.

Durch eine waldfächenbezogene Prämie unterstützt der Bund befristet Waldeigentümer. Hierdurch werden entstandene Schäden teilweise kompensiert und gleichzeitig eine nachhaltige Waldwirtschaft unterstützt.

Praktikum in meinem Berliner Büro

In den vergangenen zwei Wochen hat Gabriel Eras aus Erfurt ein Praktikum in meinem Berliner Büro gemacht.

Da fotografieren sein großes Hobby ist, hat er die Zeit neben der spannenden Arbeit im Bundestag genutzt, um mit seiner Kamera durchs Regierungsviertel zu streifen und die tolle Szenerien auf seiner Kamera zu bannen. Hier ein paar Impressionen:

